



Unverzichtbar: Gebührenfreiheitsgesetz für Gerechtigkeit und als Standortsicherung

Die SPD-Landtagsfraktion bringt den Entwurf des „Gebührenfreiheitsgesetzes“ in den Landtag ein. Es ist nötig, weil CDU und FDP Studiengebühren einführen wollen. Das Gesetz ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Strategie für die Sicherung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen. Vor allem verhindert es aber massive persönliche Härten und Ungerechtigkeiten bei betroffenen Studierenden aus Nicht-EU-Ländern.

[<weiterlesen>](#)

Explosiv: „Generalangriff auf die Mieterrechte gefährdet sozialen Frieden“

Von den rund 18 Millionen Einwohnern Nordrhein-Westfalens leben gut 10,3 Millionen zur Miete. Auf sie kommen unter der neuen Landesregierung harte Zeiten zu. Denn laut Koalitionsvertrag wollen CDU und FDP die sozialen Maßnahmen zur Begrenzung des Mietpreisanstiegs zurücknehmen und die Kündigungssperrfristen des Vermieters bei Eigenbedarfskündigung aufheben. Zudem sollen die Zweckentfremdung von Wohnraum und die Umnutzungen zu Eigentumswohnungen trotz steigenden Bedarfs von bezahlbaren Wohnungen erleichtert werden

[<weiterlesen>](#)

Belastend: CDU/FDP gefährden Grundwasserschutz und erhöhen Trinkwasserpreise

Jedes Jahr wird in vielen Teilen Nordrhein-Westfalens viel mehr Gülle auf den Feldern ausgebracht als Pflanzen und Böden aufnehmen können. Diese Form der Landbewirtschaftung ist eine Gefahr für unsere wichtigste Lebensgrundlage: das Wasser. In zahlreichen Gebieten von NRW sind die Böden bereits jetzt durch Überdüngung erheblich belastet und das Grundwasser gefährdet. Wesentliche Ursache hierfür ist die Intensivtierhaltung. Mit der neuen Düngeverordnung könnte auch NRW Maßnahmen zur Vermeidung der Grundwasserbelastung initiieren.

[<weiterlesen>](#)

Gleichberechtigt: „Laschet muss sich klar zur Ehe für alle bekennen“

Das Gesetz zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare hat die letzte Hürde genommen und den Bundesrat passiert. Das ist ein großer Erfolg jahrelanger Arbeit auf verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Ebenen mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren. Ohne die gesellschaftliche Aufgeschlossenheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt wäre dieser historische Moment für die Gleichstellung verschiedener Lebensformen in Deutschland nicht möglich gewesen.

[<weiterlesen>](#)

Gefährlich: Schwarz-Gelb prüft Privatisierung der Landesanteile an den Messen Düsseldorf und Köln

In ihrem Koalitionsvertrag kündigt Schwarz-Gelb an, sie werden „das Beteiligungsportfolio des Landes auf Privatisierungsmöglichkeiten“ prüfen. CDU und FDP haben es in dem Koalitionsvertrag aber vermieden, offen und ehrlich zu benennen, wie sie denn ihre neoliberale Maxime des ‚Privat vor Staat‘ konkret umsetzen wollen. Daher habe ich die neue Landesregierung in Form einer ‚Kleinen Anfrage‘ aufgefordert offenzulegen, nach welchen Kriterien sie die Privatisierung der Landesanteile an der Messe Düsseldorf prüfen will.

[weiterlesen](#)

Unverzichtbar: Zielgerechte Verteilung von Bundesmitteln aus dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds beibehalten“

Anfang Juni 2017 beschlossen der Deutsche Bundestag und der Bundesrat eine Aufstockung des vom Bund im Jahr 2015 eingerichteten Kommunalinvestitions-förderungsfonds um weitere 3,5 Milliarden Euro. Für Nordrhein Westfalen ergibt das einen Anteil von rund 1,12 Milliarden Euro. Es ist beabsichtigt, diese zusätzlichen finanziellen Mittel zweckgebunden für die Förderung der kommunalen Bildungsinfrastruktur in finanzschwachen Kommunen einzusetzen. Die Einzelheiten zur Durchführung sollen dabei in einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern festgelegt werden.

[<weiterlesen>](#)

Unglaublich: Will Schwarz-Gelb die Luxuspensionen für abgewählte Oberbürgermeister sogar noch erhöhen?

In dem am 26. Juni 2017 von CDU und FDP unterschriebenen Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen kündigt Schwarz-Gelb unter der Überschrift ‚Stärkung von haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitikern‘ an, sie wolle die Attraktivität einer Kandidatur erhöhen. Zu einer vernünftigen Neuregelung der Versorgung von Oberbürgermeistern steht in dem Vertrag nichts.

[weiterlesen](#)

Unberechtigt: Vorsicht bei der Nutzung von Mautdaten für die Strafverfolgung

Die CDU fordert auf Bundesebene, den Ermittlungsbehörden Zugriff auf die Daten der Autobahnmaut für LKW zu gestatten. Die SPD-Fraktion hält das für datenschutz- und verfassungsrechtlich problematisch. Die Maut bietet die technische Möglichkeit, Bewegungsprofile von allen LKW - und nach der Einführung der PKW-Maut künftig auch von allen PKW - zu erstellen. Zweck des Mautsystems ist aber, die Abrechnung der Maut für die Verkehrsteilnehmer möglichst einfach und gerecht zu gestalten - nicht sie zu überwachen. Das haben alle Parteien bei der Einführung der Maut versprochen - auch die CDU. Dieses Versprechen darf die Politik nicht einfach brechen. Der Staat darf nicht massenhaft Unbeteiligte unter Generalverdacht stellen.

<[Drucksache 17/79](#)>

Vage: Schwarz-Gelb muss in der Steuerpolitik endlich Farbe bekennen

Während die SPD ein durchgerechnetes Steuerkonzept vorgelegt hat, welche kleinere und mittlere Einkommen gezielt entlastet, bleiben CDU und FDP auf Bundesebene vage. Die SPD will über die schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags, die Einführung der Parität bei der Krankenkasse und der Veränderung von Grenzen bei den Steuersätzen zielgenau Familien entlasten. Mit einer gerechten Erbschaftsteuerreform, der Abschaffung der Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge, sowie der maßvollen Erhöhung bei sehr hohen Einkommen, ist dieses Konzept durchgerechnet. Die CDU dagegen hat kein klares Konzept, sondern stellt nur ein Entlastungsvolumen in Aussicht. Es wird also wieder mit der Gießkanne verteilt, anstatt zielgenau zu entlasten.

<[weiterlesen](#)>

Geld & Turnen: Weske setzt seine Arbeit im Haushalts- und Finanzausschuss sowie im Sportausschuss fort

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat in seiner heutigen Sitzung die Ausschüsse der 17. Wahlperiode eingesetzt. Dazu erklärt der Düsseldorfer SPD-Landtagsabgeordnete Markus Herbert Weske: „Ich werde wie in der vergangenen Legislaturperiode weitere fünf Jahre im Haushalts- und Finanzausschuss sowie im Sportausschuss tätig sein; in diesen Bereichen gibt es - nun von der Oppositionsbank aus - viel zu tun.“

[weiterlesen](#)